

## ESSAY



Sind wir gut drauf! Die Bundesvorsitzenden der Grünen, Annalena Baerbock und Robert Habeck

# Grüne Wohlfühlrepublik

Der Aufstieg der Grünen in den aktuellen Wahlumfragen kommt nicht überraschend, denn er repräsentiert die logische Weiterentwicklung der Regierungsmethode Angela Merkels. Diese setzt im Anschluss an die Verkündung ziemlich heroischer Prinzipien und Ziele auf ausgiebige Moderation. Das führt indes oft mit schöner Regelmäßigkeit zur Zerfaserung beziehungsweise Versandung des jeweiligen Vorhabens. Wem das übertrieben erscheint, der sollte sich den wohl erstaunlichsten Befund nach 13 Jahren deutscher Regierungstätigkeit unter der Ägide Angela Merkels vor Augen halten. So sind nur wenige der realen Probleme der Menschen bisher ernsthaft in Angriff genommen worden. Die Mängelliste ist lang. Sie reicht vom Lehrer- und Pflegepersonalmangel über Wohnungs- und Kitamangel, der Vernachlässigung von Infrastruktur bis hin zu mangelnder Digitalisierung, Energie- und Mobilitätswende sowie Generationengerechtigkeit. Es ist aber nicht nur der eklatante Ausführungsstau, der in der Bevölkerung das unguete Gefühl eines verschwendeten Jahrzehnts aufsteigen lässt. Die Tatsache, dass wir auf eine abflauende deutsche Wirtschaft zusteuern, macht das Ganze noch heikler.

In dieser Situation verspricht Robert Habeck, endlich „radikale“ Fragen zu stellen. Auf diese Weise positioniert er die Grünen in allen Sachfeldern der Politik als allumfassende Nachbrennerstufe zu Merkels „Wir schaffen das“, das nur auf ein Handlungsfeld bezogen war. Fortan sollen – koste es, was es wolle, und ganz dialektisch gedacht – alle großen Menschheitsfragen auf einmal in Angriff genommen werden. Das bürgerliche Publikum, noch ganz seinem faustischen „Ach Augenblick“-Moment verhaftet, liebt solche Versprechen. Es vernimmt das Angebot einer schmerzlosen Wohlfühlrepublik. Die dem zugrunde liegende Verheißung ist, dass wir Deutschen magisch alles erreichen

Der Höhenflug der Öko-Partei zeigt: Wer in Deutschland politisch erfolgreich sein will, muss im Nebulösen bleiben. Gleichzeitig baut Parteichef Robert Habeck einen Erwartungsdruck auf, den er niemals erfüllen kann

STEPHAN-GÖTZ RICHTER



und jeden glücklich machen können, und zwar nicht nur uns selbst, sondern möglichst auch noch die gesamte Welt.

So wie die angebliche Vor- und Umsicht der Bundeskanzlerin real zu einer ständigen Risikoakkumulation geführt hat, soll die neue Habeck'sche Realität dieses Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit nun überwinden. Etwa durch die Einführung einer Garantiesicherung anstelle von Hartz IV. Mit derlei Ideen, die vermeintlich nur 30 Milliarden Euro pro Jahr kosten sollen – das sind immerhin an die zehn Prozent des aktuellen Bundeshaushalts – wird letztendlich die Schaffung eines post-Merkel'schen Wolkenkuckucksheims in Aussicht gestellt. Die in diesem omnipotenten Denken zum Ausdruck kommende Reduktion von Politik auf den schieren Willen gab es in Deutschland immer wieder – von links und auch von rechts. Dass sich ausgerechnet die Grünen zur Projektionsfläche dieses Geistes machen, ist eine besondere Ironie der deutschen Geschichte. Aber es erklärt wohl auch, warum die Partei nur in unserem Land politisch so stark ist. Insofern repräsentiert die Faszination für die Grünen, die sich in den aktuellen Meinungsumfragen niederschlägt, eine spezifisch deutsche Flucht aus der Realität.

Um nicht missverstanden zu werden: Eine stattliche Anzahl der Themen und Thesen der Grünen ist wichtig. Sie können definitiv neue Impulse geben, die unser Land bei smarter Umsetzung auch wirtschaftlich voranbringen würden, etwa bei der Mobilitätswende und der Generationengerechtigkeit. Was indes befremdet, ist dass die Finanzierbarkeit und Machbarkeit der umwelt- und gesellschaftspolitischen Ambitionen von den Grünen nicht mal ansatzweise dargelegt werden. Das war 2013 noch anders. Denn damals wollte Jürgen Trittin (!) belegen, dass er das Zeug zum Finanzminister in einer potenziellen schwarz-grünen Koalition hat. Er hatte alle Vorschläge der Grünen durchgerechnet. Damit ausgerüstet zog die Partei in den Wahlkampf.

Die Grünen haben aus ihrer damaligen herben Wahlniederlage gelernt. Wer in Deutschland politisch erfolgreich sein will, muss im Nebulösen bleiben. Bloß nichts Durchgerechnetes. Letzteres verprellt die Wähler. Habecks Lektion daraus? „Die Menschen suchen sich die Parteien, die am glaubwürdigsten Hoffnung und Leidenschaft verkörpern.“ Mit diesem Politikverständnis baut Habeck allerdings einen Erwartungsdruck auf, den er niemals erfüllen kann.

Aber die Grünen tun mehr, als nur der Methode Merkel zu folgen, bei der die pure Ankündigung einer Reform eigentlich schon als deren Realisierung verstanden wird. Habeck und Baerbock maßen sich obendrein an, nach der weitgehend emotionalen und kommunikativen Leere der Ära Merkel nun die allumfassende Sinnstiftung ins Zentrum der Politik zu rücken. Ob bewusst oder unbewusst, stilisieren sie sich damit zu Hohepriestern unserer gesamten Gesellschaft. Da die politische Kultur Deutschlands seit jeher von einer Kultur des Etatismus geprägt ist, setzt man bei den Grünen, aber auch bei der SPD zunehmend darauf, für alles, was dringend zu reformieren ist, einen Rechtsanspruch zu proklamieren. Wenn der aber praktisch überall zum Reflex wird, verkommt das Ganze zur reinen Lösungsfiktion.

Eine weitere Komponente des aktuellen Höhenflugs der Grünen im bürgerlichen Publikum ist paradoxerweise dadurch zu erklären, dass damit eklatante Politikfehler aus der Vergangenheit stillschweigend vergessen gemacht werden sollen. Dies gilt insbesondere für den Migrationsbereich. Keine Frage: Wir brauchen Migration. Und ein buntes Deutschland ist ein menschlich und wirtschaftlich reicheres Deutschland. Diesem Ziel steht aber bis heute eine verblüffende Laxheit der Grünen im Weg. In einer Verkehrung der menschheitsgeschichtlichen Tatsachen betonen sie seit jeher zuallererst immer die Bringschuld der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. Hingegen sind sie

nicht einmal mehrheitlich im Sinne eines Habermas'schen Verfassungspatriotismus bereit, auf eine Durchsetzung der liberalen Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik zu pochen.

Diese kategorisch einzufordern, gerade bei Frauenrechten, versteht sich in jeder erfolgreichen Migrationsgesellschaft des Westens von selbst. Dass es bei uns in Deutschland hingegen als links bzw. progressiv angesehen wird, dies nicht zu tun, ist eine erstaunliche Verdrehung der politischen Achse. Denn das aufseiten der Grünen anzutreffende, aktive Tolerieren von archaischen Familienstrukturen, welches Teile unserer Migrationsgesellschaft kennzeichnet, ist im Ergebnis ja weit mehr als nur konservativ. Es ist reaktionär und menschenverachtend. Mit Blick nach vorn untergräbt es den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hier ist – zumal in Anbetracht des grünen Höhenflugs – noch viel aufzuarbeiten. Die Grünen sollten endlich bereit sein, in dieser wichtigen Zukunftsfrage dem realpolitischen Kurs von Cem Özdemir zu folgen.

Andere Länder wie Australien und Kanada, aber auch die USA operieren ganz bewusst sehr viel fordernder. Sie verstehen erfolgreiche Integration als Bringschuld der Neuankömmlinge, die sich in erster Linie im Arbeitsmarkt als produktiv beweisen müssen. Auch deshalb sind diese Gesellschaften mit der Integration viel erfolgreicher als wir. Wenn es im Hochqualifizierungsland Deutschland keinen Kursumschwung gibt, bleibt es nicht nur bei den Parallelgesellschaften und einer stattlichen Anzahl von lebenslangen Hartz-IV-Karrieren, die mit mangelnden Sprachkenntnissen, fehlender Integrationsbereitschaft und inadäquater Berufsbildung einhergehen. Schlimmer noch: Beim links der Mitte oft zitierten Thema der Altersarmut wird so selbstzerstörerisch weiteres Öl ins Feuer gegossen.

Aktuell reflektiert sich das nur vordergründig liberale Denken der Grünen am deutlichsten beim Thema sichere Herkunftsstaaten. Aufgrund von parteiinternen Konsenszwängen beharren die Grünen hier bis heute auf einem wirklichkeitsfremden Absolutheitsanspruch. Hinter der Position, die meisten der fraglichen Länder, vor allem in Nordafrika, als „unsicher“ einzustufen, steckt die Vorstellung, uns Deutschen sei es irgendwie gegeben, am besten gleich die ganze Welt zu retten (siehe auch die aufkommende Forderung nach der Aufnahme von Klimaflüchtlingen). Dahinter stecken bei allem Wohlwollen eine Maßlosigkeit und ein fehlgeleiteter Romantizismus, der nicht nur in Frankreich oder England als „typisch deutsch“ bezeichnet wird. Dass diese Haltung nicht nur sehr viel Geld kostet, das dann an anderer Stelle sozialpolitisch im Inland fehlt, wird von den Grünen außen vor gelassen.

Abschließend ist festzuhalten, dass sich Angela Merkels impliziter moralischer Rigorismus bei den Grünen zu einem expliziten moralischen Rigorismus wandelt. Und in beiden Fällen beruht er auf einer gehörigen Prise protestantischer Selbstgerechtigkeit. Das wäre nicht so problematisch, wenn unter Merkel, der vermeintlich so nüchternen, kompetenten Sachwalterin, wenigstens einige der angeschobenen „Wenden“ – ganz gleich, ob Energie, Digital, Mobilität usw. – dynamisch auf der Spur wären. Aber trotz intensiver politischer Willensbekundungen und des Einsatzes enormer Finanzmittel ist das nicht der Fall.

Das verheißt für den Habeck'schen „Radikalismus“ nichts Gutes. Denn das bisherige relative Scheitern all dieser großen Reformen ist ja keineswegs allein auf die Kanzlerin zurückzuführen. Die eigentliche Frage, die sich stellt, lautet: Ist bei uns Deutschen die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit vielleicht deshalb so groß, weil wir nicht länger in der Lage oder willens sind, hochkomplexe Projekte umzusetzen? Wenn dem so ist, und dafür spricht eine ganze Menge, dann ist die aktuelle Neigung, jetzt noch großspurig zu planen und zu denken, ebenso folgerichtig wie fatal.

Eine sinnvolle Kurskorrektur würde mit der Einsicht beginnen, dass jedes politische Handeln in modernen Gesellschaften oft mit enormen Kosten verbunden ist. Und dass man sehr sorgfältig priorisieren muss. Wer allerdings vorgibt, alles vermeintlich Wünschenswerte gleichzeitig erreichen zu können, siedelt sich haushaltspolitisch im Gagaland an. Unter solchen Vorzeichen verkehrt sich der Antipopulismus – der vermeintlich neue Markenkern der Grünen – schnell in sein Gegenteil und mutiert zu einem Überpopulismus.

■ Stephan-Götz Richter ist Chefredakteur von „The Globalist“.

## IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985 †)  
Herausgeber: Stefan Aust  
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt  
Stellvertreter des Chefredakteurs:  
Peter Huht, Oliver Michalsky, Arne Teetz  
Stellvertretende Chefredakteurin:  
Dagmar Rosenfeld

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner  
Director Digital Innovation: Niddal Salah-Eldin  
Chefkommentator: Torsten Krauel  
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann  
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner,  
Henning Kruse; Stv. Philip Jürgens, Lars Winckler  
Creative Director: Cornelius Tittel  
Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Dr. Jacques Schuster, Lars Schroeder  
Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich  
Investigation/Reportage: Wolfgang Bischer, Stv. Manuel Bewander  
Außenpolitik: Klaus Geiger, Silke Mühlherr  
Wirtschaft/Finanzen: Olaf Gersemann, Ileana Grabitz, Stv. Jan Dams, Dietmar Deffner,  
Thomas Exner (Senior Editor)  
Feuilleton: Dr. Jan Kühle, Andreas Rosenfelder  
Literarische Welt: Dr. Mara Delli-

Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings  
Stil/Reise/Motor: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)  
Sport: Stefan Frommann, Stv. Sven Flohr, Christian Witt, Volker Zeitler  
Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen  
Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach, Stv. Claudia Sewig  
Nachrichten/Unterhaltung: Falk Schneider  
Community/Social: Wolfgang Scheida, Jörgen Cam-

rath und Andreas Müller (Social Media)  
WELTplus: Sebastian Lange  
Video: Martin Heller  
GvD Produktion: Patricia Plate, Stv. Dr. Jörg Forbricht  
Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne  
Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm  
Chefkorrespondent Außenpolitik: Dr. Sascha Lehn-  
artz  
Chefkorrespondentin Wirtschaftspolitik: Dr. Dorothea Siems  
Korrespondenten Politik/Gesellschaft:

Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger  
Chefkorrespondent Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau  
Chefreporterin: Heike Vowinkel  
Leitender Redakteur Zeitschichte: Sven Felix Kellerhoff  
Ständige Mitarbeiter:  
Prof. Michael Stürmer  
Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Alan Posener, Dr. Kathrin Spoerl, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert  
Auslandskorrespondenten: Brüssel: Hannelore Croll,

Dr. Christoph Schiltz  
Budapest: Boris Kalnok  
Istanbul: Deniz Yücel  
Jerusalem: Gil Yaron  
Kapstadt: Christian Putsch  
London: Stefanie Bolzen, Thomas Kießling  
Madrid: Ute Müller  
Marrakesch: Alfred Hackenberger  
Moskau: Pavel Lokshin  
New York: Michael Remke, Hannes Stein  
Paris: Martina Meister  
Peking: Johnny Erling  
Prag: Hans-Jörg Schmidt  
Warschau: Philip Fritz  
Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich  
Sturm